

»Fehler werden gedeckt«

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MIRIAM STEINRÜCKEN



Anwältin der Bürger: Beate Böhlen vermittelt bei Konflikten mit der Polizei.

FOTO: POTENTE

STUTTGART. Im Netz kursieren Videos, in denen Polizisten junge Männer, halbe Kinder noch, zu Boden ringen, schlagen und mit dem Knie auf Hals und Kopf niederdrücken. Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg: Gerechtfertigte Einsätze oder Ausbrüche eines »latenten Rassismus«, den SPD-Chefin Saskia Esken den deutschen Sicherheitskräften vorgeworfen hat? Forderungen nach einer unabhängigen Beschwerdestelle werden laut. Die gibt es bereits – zwar nicht auf Bundesebene, aber immerhin in fünf Ländern. In Baden-Württemberg heißt sie Bürgerbeauftragte, ist vor vier Jahren eingeführt worden und unterstützt das Parlament bei der Kontrolle von Regierung und Verwaltung. Vor gut einem halben Jahr hat das Amt ein neues Gesicht bekommen, nämlich das von Beate Böhlen. Die einstige Grünen-Politikerin ist Notrufsäule für jedermann, wenn es Ärger gibt – nicht nur mit der Polizei, sondern auch mit den übrigen Landesbehörden. Im GEA-Interview spricht Böhlen über Rassismus, Whistleblower und Gartenzäune.

GEA: Das Amt des Bürgerbeauftragten führte die baden-württembergische Regierung 2016 maßgeblich auf Betreiben der Grünen ein – auch als Antwort auf Polizei-Gewalt gegen Stuttgart-21-Demonstranten. Ist die Kontrolle der Polizei durch eine unabhängige Stelle ein spezielles Anliegen der Grünen?

Beate Böhlen: Stuttgart 21 war Anlass, aber die Grünen wünschten sich schon länger einen Bürgerbeauftragten für Polizei und Verwaltung. Wobei der Ombudsgedanke keine Ur-Idee der Grünen ist, sondern sich durch alle Parteien zieht – allerdings unterschiedlich verteilt in den einzelnen Bundesländern. Mittlerweile gibt es in fünf deutschen Ländern Ombudsleute, außerdem auf EU-Ebene und in zahlreichen Mitgliedstaaten. Überall dort, wo Ombudsmänner und -frauen sich etabliert haben, sind sie nicht mehr wegzudenken. Nochmal zu Stuttgart 21: Am Schwarzen Donnerstag 2010 hatte nicht die baden-württembergische Polizei ein Gewaltproblem, sondern die damalige Regierung.

»Strukturellen Rassismus sehen wir nicht bei der Polizei«

Illegale Waffen, rechtsextreme Drohmails, rassistische Chats: Das SEK Mecklenburg-Vorpommern und die Polizei Hessen stehen in der Kritik. Hat auch die baden-württembergische Polizei ein strukturelles Problem?

Böhlen: Das Grundproblem ist der Korpsgeist, der in der Polizei recht verbreitet ist. Eine Kultur, die keine Fehler zugibt, keine Fehler verzeiht, Fehler deckt. Das ist ungerecht gegenüber den vielen Polizistinnen und Polizisten, die ihren Job gut machen. Zwar gibt es innerhalb der Polizei bereits einen kritischeren Umgang mit Fehlern – aber da ist noch viel Luft nach oben. Beschwerden, die bei mir und meinem Team eingehen, richten sich gegen einzelne Beamte. Strukturellen Rassismus sehen wir nicht bei der Polizei – auch weil sie meist im öffentlichen Raum und damit sichtbar agiert, im Fokus steht und kontrolliert wird. Anders in der Verwaltung: Da liegen uns Fälle vor, wo Sachbearbeiter ihren Ermessensspielraum bei Menschen mit Migrationshintergrund nicht zu deren Gunsten genutzt haben. Da könnte man schon auf die Idee kommen, dass sich dahinter strukturelle Defizite verbergen.

Nach der Stuttgarter Kravallnacht haben Jugendliche mit Migrationshin-

tergrund der Polizei Racial Profiling vorgeworfen, also etwa Personenkontrollen allein aufgrund ihrer Ethnie ohne konkreten Anlass. Erreicht diese Gruppe das Hilfsangebot der Bürgerbeauftragten überhaupt?

Böhlen: Die jungen Leute wissen nicht, dass es uns gibt; da müssen wir uns bekannter machen. Ein einziger Ansprechpartner reicht aber nicht; es braucht ein Hilfs-Netzwerk. Die Aufgabe der Streetworker ist es, nah dran zu sein an den Jugendlichen. Die weiteren Schritte können wir dann unterstützen: etwa direkt Kontakt aufnehmen mit der Polizei. Dabei lässt sich der Fall unterschiedlich hoch ansiedeln: je nachdem, ob wir nur das Polizeirevier ansprechen, das Polizeipräsidium, das Landespolizeipräsidium oder direkt den Innenminister. Über schwerwiegende Fälle informieren wir den Innenausschuss des Landtags. Dabei geht es nicht darum, der Polizei zu schaden, sondern wir wollen den Jugendlichen Gehör verschaffen. Das wäre ein guter Weg, ihr Vertrauen in Polizei und Staat zurückzugewinnen.

Auch Polizisten können der Bürgerbeauftragten Probleme mit dem Dienstherrn melden. Traut sich jemand, oder ist die Furcht vor Sanktionen zu groß?

Böhlen: Die offiziellen Eingaben, die wir von Polizeiangehörigen erhalten, beziehen sich auf beamtenrechtliche Angelegenheiten, zum Beispiel dass sich jemand bei der Beförderung übergangen fühlt. Ich persönlich erhalte allerdings Unterstützung von einigen Polizistinnen und Polizisten, die mir informell Hinweise und Ratschläge geben. Das ist eher die klassische Form von Whistleblowing.

Die Bürgerbeauftragte versteht sich als Vermittlerin, setzt auf Ausgleich und sucht einvernehmliche Lösungen. Bei Landesbehörden hat sie zwar ein Recht auf Auskunft und Akteneinsicht, Bescheide aufheben und Weisungen erteilen darf sie aber nicht. Können Sie da berechtigte Interessen der Bürger

effektiv gegen staatliches Fehlverhalten durchsetzen?

Böhlen: Die Verwaltungen kooperieren in der Regel. Andernfalls wenden wir uns an übergeordnete Behörden oder heben das Thema auf die politische Ebene: Das heißt, wir informieren das zuständige Ministerium oder den Innenausschuss des Landtags. Das dritte Jahr in Folge verzeichnen wir jetzt eine steigende Zahl von Beschwerden – ein Fünftel richtet sich gegen die Polizei, vier Fünftel gegen andere Landesbehörden. Bei einem Fünftel aller Fälle konnten wir direkt helfen, bei der Hälfte immerhin beraten und nur bei einem Viertel war keine Abhilfe möglich. Das ist eine gute Bilanz – besser als beim Petitionsausschuss. Weil wir direkt eingreifen, auf Dialog setzen und damit eine Eskalation vermeiden.

»Die Bürgerbeauftragte spart Arbeit, Zeit und Geld«

Wer sich von Landesbehörden ungerecht behandelt fühlt, konnte bereits zuvor den Petitionsausschuss des Landtags anrufen. Braucht es da zusätzlich noch eine Bürgerbeauftragte?

Böhlen: Wir haben definitiv keine Doppelstruktur. Vom Petitionsausschuss wandert eine Eingabe erst zum Ministerium, dann übers Regierungspräsidium zur betroffenen Behörde oder Verwaltung – und anschließend mitsamt Stellungnahme denselben Weg wieder zurück. Die Bürgerbeauftragte dagegen spricht die entsprechende Stelle direkt an und erhält auch direkt eine Antwort. Damit ersparen wir der Verwaltung Arbeit, Zeit und Geld. Verstehen Sie mich nicht falsch: Der Petitionsausschuss ist ein ganz wichtiges Instrument, aber nicht für Gartenzäune. Wir entlasten den Petitionsausschuss von kleineren Anliegen, damit er sich um politisch relevante Themen kümmern kann.

So kommt er seinem grundgesetzlichen Auftrag nach, die Exekutive zu kontrollieren.

Als Sie vor rund einem halben Jahr als Bürgerbeauftragte antraten, mussten Sie Ihre Posten als Landtagsabgeordnete, Vorsitzende des Petitionsausschusses und Stadträtin von Baden-Baden aufgeben. Hat sich dieses Opfer für Sie gelohnt oder würden Sie wieder so handeln?

Böhlen: Das war die richtige Entscheidung. Wir sind auf einem guten Weg, das Ombudswesen in Baden-Württemberg auf Landesebene zu etablieren. Auch wenn noch viel Arbeit vor uns liegt: Das Amt gibt es noch nicht lang, und die Personalausstattung ist nicht reichhaltig. Wir müssen uns bekannter machen. Den Bürgerinnen und Bürgern mehr zeigen, was wir können. Und dem Landtag noch stärker zuarbeiten. Unseren Jahresbericht für 2019 veröffentlichen wir im September. Damit liefern wir den Parlamentariern ein Abbild davon, was die Menschen im Land bewegt. (GEA)

www.buergerbeauftragte-bw.de

ZUR PERSON

Vor 25 Jahren ging Beate Böhlen in die Politik. Seit dem Jahr 2004 vertrat sie die Grünen im Gemeinderat ihrer Heimatstadt Baden-Baden, ab 2007 als Fraktionschefin. Vor neun Jahren zog Böhlen in den Landtag ein und übernahm den Vorsitz des Petitionsausschusses. Im vergangenen Oktober wählte das Landesparlament Böhlen für acht Jahre zur Bürgerbeauftragten; für das Amt legte sie ihre beiden Mandate nieder.

Vor ihrer politischen Karriere absolvierte Böhlen eine Ausbildung zur Erzieherin, arbeitete mit behinderten Menschen und im Kinderheim. Anschließend studierte sie Sozialarbeit und war bis 2011 als selbstständige Kauffrau tätig. Die 53-Jährige ist verheiratet und hat zwei Kinder. (GEA)